



RESET

**Noch der Anfang
oder schon das Ende der Erneuerung!?**



**Sina
Behrend**



**Thomas
Jobelius**

Liebe Julis,

ein neues Jahr startet – und ein ganz neues JULIMAGAZIN geht an den Start: neues Design, neue Rubriken und wie immer ganz viele spannende Artikel. Auch in der Chefredaktion hat sich etwas geändert: Torben ist Bezirksvorsitzender der JuLiS OWL geworden und gibt seinen Job als Co-Chefredakteur an Thomas Jobelius aus Bonn weiter, der ab sofort gemeinsam mit Sina das Magazin verantworten wird.

Für unsere Partei sieht es aktuell nicht so gut aus. Eine verlorene Wahl nach der anderen und sinkende Umfragewerte frustrieren viele Freie Demokratinnen und Demokraten. Wir möchten in diesem Magazin deshalb mit einem kurzen Blick auf uns selber und auf die nordrhein-westfälische Landespolitik beginnen: Unter anderem berichtet unsere Bundesvorsitzende Franziska vom letzten Landesparteitag, Landespressesprecher Tim wettet gegen Hendrik Wüst und unser Chefredakteur Thomas interviewt die beiden neuen FDP-Landtagsabgeordneten.

Zusätzlich haben wir den JuLi-Landesvorstand „ohne Worte“ interviewt und Nadine aus dem Landesvorstand der Liberalen Hochschulgruppe berichtet vom Chaos an der Uni Duisburg-Essen. In diesem Magazin könnt ihr außerdem zwei unserer Landesarbeitskreise und unsere Ombudsperson kennenlernen.

Wir möchten unser Mitgliedermagazin auch nach dem Neustart immer weiterentwickeln. Habt ihr Fragen, Anregungen oder möchtet uns Feedback geben? Schreibt uns doch unter julimagazin@julis-nrw.de oder direkt per Instagram an [@tho.jbls](https://www.instagram.com/tho.jbls) und [@anisbuntewelt](https://www.instagram.com/anisbuntewelt)!

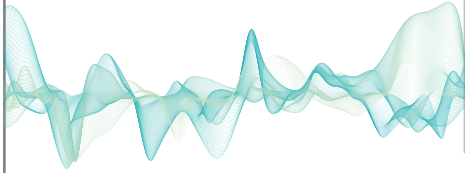
Viel Spaß bei der Lektüre!

Sina & Thomas

Seite 2

Editorial

der Chefredaktion



Anna Neumann,
Tim Schütz & Alondra von Groddeck

Aus dem LaVo

Seite 4



Franziska Brandmann

Ein besonderer
Landesparteitag

Seite 6



Niklas Mittelstädt,
Kai-Ole Hartmann & Sebastian Brunnert

Wer ist eigentlich ...?
Die LAK-Vorstellung

Seite 14



Thomas Jobelius

Wieder zurück im Landtag
Die neuen (alten) FDP-
Abgeordneten

Seite 8



Denis Schmidt

Wenn nicht die FDP, dann wir Julis!

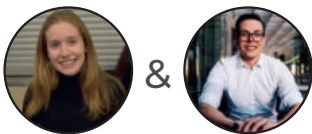
Seite 12



Tim Schütz

Nichtstun ist Machtmissbrauch

Seite 16



Anna Heimann & Alexander Kobuss

Einfach machen!
Verbandsprofessionalisierung
weiterentwickeln & neu
denken!

Seite 18

Schmunzler

Genug geredet in der Politik!
Das Interview ohne Worte

Seite 20



Alexander Rheindorf

Neue Ho(p)fnung für den Mittelstand
Bier-Planwirtschaft abschaffen

Seite 22



Laura Stelzhammer

Ombudsperson

Seite 23



Paul Stommel

Keine Straffreiheit für
Lebensmitteldiebe

Seite 24



Nadine Laubinger

Zwischen Klimaaktivisten,
Bitcoins und Faxgerät

Seite 26



Wenn du das hier liest, sind zwei programmatische Highlights des Jahres schon wieder vorbei: das langersehnte erste landespolitisch-programmatische Wochenende (LPPW) nach Corona in Münster und der Bundeskongress in Halle an der Saale. Doch während dieser Text hier gerade getippt wird, befindet sich unser Programmatik-Team noch mitten in den Vorbereitungen für diese Highlights. Wir sind wahnsinnig froh, dass wir euch endlich wieder ein LPPW anbieten können – und das sogar drei Tage lang! Sie sind das Herzstück unserer Ideenschmiede und finden zweimal im Jahr statt. Gerade für unsere Landesarbeitskreise (LAKs) ist das eine hervorragende Gelegenheit, um die besten Ideen gemeinsam mit euch zu entwickeln. Dieses Mal standen die Themen Bildung, Zeitenwende und Katastrophenschutz im Zentrum. Und wer weiß, vielleicht finden diese Themen auch den Weg zu unserem nächsten Landeskongress...

Beim Bundeskongress wird sich der Leitantrag auch rund um das Thema Zeitenwende drehen. Wir kennen (während wir das hier Anfang März schreiben)

schon den ersten Entwurf und wissen: Das werden spannende Debatten! Das Ergebnis der Debatten kennen wir natürlich

noch nicht, aber du kannst es jetzt (ein paar Wochen später) ganz einfach in der Beschlusslage unter [julis.de](https://www.julis.de) finden. Bist du mit dem Ergebnis zufrieden? Für den Bundeskongress hat der Landesvorstand auch einen



eigenen Antrag entworfen. Wir haben uns an das viel diskutierte Thema Migration & Integration gewagt – denn wir sind überzeugt: Besonders schwierige Themen brauchen überzeugende Lösungen. Aber das nächste Highlight liegt auch für dich noch in der Zukunft: unser nächster Landeskongress. Wenn du inhaltlich bei uns mitarbeiten möchtest, dann ist das die perfekte Gelegenheit für dich! Wir freuen uns über jeden, der Ende April in Lünen in die Debatte geht und mit uns um die besten Ideen streitet. Wir können schon mal so viel verraten: Der Landesvorstand hat sich dazu entschieden, dieses Mal zwei kleinere Anträge zu stellen – und zwar zu den Themen Verkehr und frühkindliche Bildung. Über diese Ideen und viele andere von unseren Mitgliedern würden wir gerne auch mit dir diskutieren. Deswegen: Hoffentlich sehen wir uns bald in Lünen!

Der Start ins Jahr verlief aus Perspektive der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit aufregend: Gleich zu Beginn des Jahres haben viele Untergliederungen mithilfe einer Musterpressemittteilung ihre politischen Neujahrsvorsätze in der

Aus dem

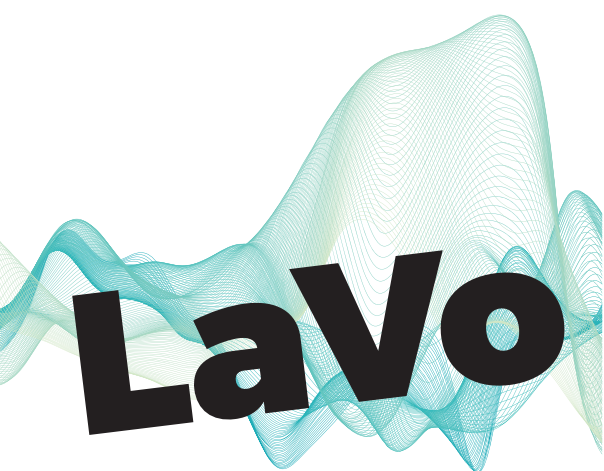
Melde dich bei Fragen oder Anregungen gerne jederzeit bei unserer stellvertretenden Landesvorsitzenden für Programmatik Anna Neumann (anna.neumann@julis-nrw.de).



Presse geäußert. Die JuLis Heinsberg haben es sogar auf die Titelseite der Aachener Zeitung geschafft. Tolle Erfolge, die zeigen, dass stetige Pressearbeit und mutige, offensive Forderungen Früchte tragen.

Auch war unser jährlicher Quizstream, der krankheitsbedingt im Januar, nicht im Dezember stattfand, ein Highlight. Nach über drei spannenden Stunden und über 200 verschiedenen Personen, die zugeschaut haben, konnte sich Nils Mehrer gegen Philip Cierniak in einem hochklassigen Finale durchsetzen.

Der chaotische Landesparteitag der FDP bot wenig inhaltliche Akzente. Mit den einzigen konnten wir setzen: Mit unserer Aktion zur Steuergeldverschwendung von Schwarz-Grün haben wir deutlich gemacht, dass Nachhaltigkeit nicht bloß eine ökologische Bedeutung hat, auch wenn der Mönch von



weshalb die Veranstaltungen online stattfinden. In diesem Monat kommen wir am 28. März mit unserem JuLi-Europaabgeordneten Moritz Körner MdEP ins Gespräch. Auch unser Landeskongress (LaKo) findet zwei Mal im Jahr statt und ist das oberste Beschlussgremium der Jungen Liberalen NRW. Auf

Lützerath und Mona Neubaur dies vermutlich so sehen würden. Wir fordern die Landesregierung auf, Sparpotenziale zu heben und genau zu prüfen, wie neue Schulden vermieden werden können. So abgedroschen es auch klingen mag: Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen. Hier braucht es die Jungen Liberalen als Stimme der Jugend.

Melde dich bei Fragen oder Anregungen gerne jederzeit bei unserem stellvertretenden Landesvorsitzenden für Presse und Öffentlichkeitsarbeit Tim Schütz (tim.schuetz@julis-nrw.de).

Auch im Social-Media-Bereich haben wir gute Reichweiten (und zum Teil auch viele Kommentare:D) erzielen können.



Wie immer gilt mein Dank Leo und Martin für die tolle Arbeit, welche das Fundament für die stärkste Pressearbeit aller Jugendorganisationen in NRW bildet.

Unser Verband lebt vom Engagement unserer Mitglieder, dem politischen Austausch und der Diskussion. Eine der besten Möglichkeiten, um dich einzubringen, ist die Teilnahme an unseren Veranstaltungen. Es gibt fast unbegrenzt viele Möglichkeiten, sich bei den Jungen Liberalen Nordrhein-Westfalen zu engagieren.

Am Anfang des Monats erhältst du unseren Organisations-Nachrichten-Brief. Darin sind alle Veranstaltungen und Aktionen aufgelistet, die wir in dem jeweiligen Monat anbieten, sodass du frühzeitig planen kannst. Die

Möglichkeit zur Anmeldung zu den Veranstaltungen hast du aber auch über unsere Website unter der Rubrik „Termine“.

Bei den JuLis haben wir wiederkehrende Veranstaltungsformate. So findet die Online-Veranstaltung „Bericht aus dem Parlament“ ein Mal pro Monat statt. Darin tauschen wir uns mit einem Abgeordneten aus dem Landtag, Bundestag oder dem Europäischen Parlament über aktuelle politische Themen aus. Das Ziel ist, jedem Mitglied die Möglichkeit zu geben, an einem Event teilzunehmen,

dich warten ein buntes Rahmenprogramm, spannende inhaltliche Debatten und eine LaKo-Party. Unser 99. Landeskongress findet vom 29. bis 30. April in Lünen statt.

Regelmäßig finden auch unsere Landespolitischen-Programmatischen-Wochenenden (LPPW)

statt. Den Kern eines jeden LPPWs bildet die inhaltliche Arbeit der Landesarbeitskreise, die parallel zueinander tagen. Dort diskutierst du in einer kleinen Gruppe über ein bestimmtes Thema. Nach den Arbeitskreisen klingen die Tage des LPPW in geselliger Runde aus. Nachdem wir uns in Münster zuletzt wieder vielen inhaltlichen Themen gewidmet haben, ist das nächste LPPW schon in der Planung.

Auch darüber hinaus wirst du immer wieder weitere spannende Einladungen erhalten. Beispielsweise kannst du dich im Rahmen unserer „Skill-Tour“ in verschiedenen Seminaren in unterschiedlichen Bereichen schulen und dein Wissen erweitern. Zudem bieten wir verschiedene Fahrten, wie zuletzt nach Berlin, zu einem unserer Bundestagsabgeordneten an.

Bildnachweis: stock.adobe.com/Maksym Povolnyuk



Melde dich bei Fragen oder Anregungen gerne jederzeit bei unserer stellvertretenden Landesvorsitzenden für Organisation Alondra von Groddeck (**alondra.von.groddeck@julis-nrw.de**).



Bildnachweis: stock.adobe.com/metamorworks

Ein besonderer Landesparteitag

Ein kurzer Blick zurück, bevor es dann vorwärtsgeht

Mitte Januar kam die FDP NRW in Bielefeld zusammen, um nach der verlorenen Landtagswahl einen politischen Neustart zu wagen und für diesen ein neues Team zusammenzustellen. Ein Erfahrungsbericht.

Der Landesparteitag der FDP NRW in Bielefeld war ein besonderer Parteitag. Er war nicht als Sonderparteitag, sondern als ordentlicher Parteitag einberufen worden – und doch: Wer die Stadthalle in Bielefeld betrat, der konnte die besondere Stimmung im Saal förmlich spüren. Nach den verlorenen Landtagswahlen hatte Joachim Stamp erklärt, das Amt als Landesvorsitzender zur Verfügung zu stellen. Da auch der gesamte Landesvorstand seinen Rücktritt erklärt hatte, war klar: Dieser Parteitag würde der Parteitag der personellen Neuaufstellung der Landespartei werden.

Nachdem Henning Höne, der Fraktionsvorsitzende der FDP-Fraktion im Landtag von Nordrhein-Westfalen, seine Kandidatur für den Landesvorsitz bekannt gegeben hatte, entstanden zunächst viele Fragen und viel Kritik in den Reihen unseres Verbandes: Wieso Fraktions- und Landesvorsitz in eine Hand legen? Doch als deutlich wurde, dass sich keine andere Kandidatur für das Amt entwickelte, wurden die Töne versöhnlicher. Der Fokus verschob sich vom Amt des neuen Landesvorsitzenden auf das Team, das für die Neuaufstellung der FDP NRW zuständig sein würde. Zum ersten Mal in der Geschichte der Jungen Liberalen NRW entschied der erweiterte Landesvorstand, in einer noch unklaren Kandidatenlage eine JuLi-Kandidatin ins Rennen um eine Stellvertreter-Position zu schicken – und nominierte mich für eine entsprechende Kandidatur.

Davon überzeugt, dass die Jungen Liberalen bei der dringend benötigten Neuaufstellung der Partei an vorderster Stelle mitsprechen und mitanpacken sollten, stürzte ich mich in die Kandidatur. Tatsächlich entwickelte sich in den nächsten Wochen noch ein dynamisches Bewerberfeld, sodass es auf dem Landesparteitag schließlich zu zwei Kampfkandidaturen auf drei Stellvertreterpositionen, genauso aber auch zu vielen Jungen Liberalen kam, die für Beisitzerpositionen im Landesvorstand kandidierten.

Unser gemeinsames Ziel, der personellen Neuaufstellung der FDP NRW in den Reihen des geschäftsführenden Landesvorstandes einen jungliberalen Stempel aufzudrücken, haben wir in Bielefeld verfehlt. Die Bundestagsabgeordnete Katrin Helling-Plahr setzte sich gegen mich durch und

auch unsere ehemalige Bundesvorsitzende Clarisse Höhle unterlag nach zwei Wahlgängen mit gleicher Stimmenanzahl schlussendlich denkbar knapp im Losverfahren gegen Michael Terwiesche. Wenn ich nun mit einigen Wochen Abstand an den Landesparteitag zurückdenke, dann bin ich natürlich enttäuscht. Zu gerne hätte ich die Nominierung der Jungen Liberalen zu einem Erfolg für unseren ganzen Verband geführt. Zu gerne hätte ich mich für eure Unterstützung und vor allem für die beispiellose Unterstützung von Alexander Steffen bedankt, indem ich im geschäftsführenden Landesvorstand richtig Gas gegeben hätte. Und dennoch: In den vielen Jahren, in denen ich nun Mitglied der FDP bin, war dies der erste

Landesparteitag mit Wahlen, bei dem die Delegierten sich vor Ort ein eigenes Bild machen konnten – der erste Landesparteitag, auf dem nicht nur symbolisch eine Wahl auf der Tagesordnung, sondern faktisch eine Auswahl auf der Bühne stand. Das habt ihr, das haben wir gemeinsam geschafft. Das ist ein Ergebnis, auf das wir unabhängig von den Wahlausgängen gemeinsam stolz sein können. Als überzeugte Verfechter des Wettbewerbs haben die Jungen Liberalen NRW der FDP NRW erstmalig ein besonderes Angebot gemacht. Dieses Angebot wurde von der Partei nicht angenommen. Aber: Wenn man von Wettbewerb überzeugt ist, wie wir, dann kann man ihn eben nicht nur dann gut finden, wenn man gewinnt.

Die FDP NRW hat sich personell neu aufgestellt. Ohne Mitglieder der Jungen Liberalen im geschäftsführenden Landesvorstand, dafür aber mit vielen Jungen Liberalen unter den Beisitzern des Gremiums. Ihnen allen – sowohl dem geschäftsführenden als auch dem gesamten Landesvorstand – gratulieren wir von ganzem Herzen zur Wahl und wünschen dem Team viel Erfolg beim Wiederaufbau der Partei. Denn das ist am Ende, worum es uns allen geht.

Franziska Brandmann (28) ist Bundesvorsitzende der Jungen Liberalen. Ihr erreicht sie unter brandmann@julis.de



Bildnachweise: stock.adobe.com/danhopern

Wieder zurück im Landtag:

DIE NEUEN (ALTEN)

FDP-ABGEORDNETEN

Seit Anfang dieses Jahres sind Franziska Müller-Rech (37) und Susanne Schneider (55) wieder Mitglieder der FDP-Landtagsfraktion. Unser Chefredakteur Thomas hat mit ihnen gesprochen:

Jobelius: Seit Anfang dieses Jahres sitzt ihr nun wieder im Landtag. Wie fühlt es sich für euch an, wieder in der Herzammer der Nordrhein-Westfälischen Demokratie arbeiten und wirken zu dürfen?

Müller-Rech: Sehr, sehr gut! An manchen Stellen habe ich so das Gefühl, dass alle denken, dass ich gar nicht weg gewesen wäre. Grundsätzlich habe ich den Eindruck, dass auch die Kollegen davon ausgehen, so nach dem Motto: „Du warst ja nicht weg, mach mal.“ Deshalb muss man sich an der ein oder anderen Stelle doch noch mal etwas zurechtfinden.

Schneider: Wer mich die letzten Jahre verfolgt hat, weiß auch, wie sehr ich für meine Arbeit als Abgeordnete gebrannt habe. Ich freue mich jetzt natürlich auch, dass ich mein „Baby“ wiederhabe, also den Fachbereich Gesundheit. Ich bin froh und dankbar, dass alle Kollegen mitgeholfen haben und ich nun in meinem ehemaligen Arbeitsbereich wieder aktiv sein

kann, zusätzlich darf ich jetzt noch Sprecherin für Arbeit und Soziales sein. Wir sind ja auch nur zwölf Leute. Da sollten wir natürlich auch unsere Ressourcen ideal nutzen.

Jobelius: Für ein gutes halbes Jahr wart ihr keine Parlamentarier. Wie habt ihr die Zeit genutzt?

Schneider: Erst mal Urlaub! Und dann habe ich natürlich geschaut, wo ich denn künftig arbeiten möchte. Ich habe auch ein gutes Angebot aus Hessen bekommen,

das ich beinahe angenommen hätte. Jetzt habe ich mich dann aber doch gefreut, dass das mit dem Nachrücken noch geklappt hat. Thomas, du fragst, was habt ihr gemacht? Ich muss dir ehrlich sagen: Ich brauchte nach der Landtagswahl auch ein bisschen Zeit, um das alles zu verarbeiten. Der Schock saß sehr, sehr lange sehr, sehr tief. Ich persönlich war ja in der Wahlnacht um 0:30 Uhr drin – da kamen dann schon Glückwünsche – und um 1:00 Uhr wieder draußen. Wenn du dann aber in den folgenden Tagen erlebt hast, dass in den Landtagsbüros der ausgeschiedenen MdLs Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen tränenüberströmt am Schreibtisch saßen, das macht unglaublich traurig, das steckst du nicht einfach so weg.



Aber mit der Zeit habe ich mich dann um einen neuen Job gekümmert und habe ganz extrem mein Englisch gepimpt – das könnte mit der neuen Stelle zusammenhängen. Und langweilig war das nicht. Nur weil man aus dem Landtag ausgeschieden ist, ist man ja nicht direkt weg. Ich hatte schon noch sehr viele Einladungen von Verbänden und Einrichtungen, die sich weiterhin mit mir unterhalten wollten und um meine Expertise baten.

Müller-Rech: Zumindest was die Verarbeitung der Landtagswahl angeht, kann ich mich anschließen. Das haben wir uns alle anders vorgestellt. Und gerade weil die letzten Jahre für Susi und mich besonders anstrengend waren. Wir waren beide in den Covid-Themen

mit unseren Fachbereichen auch sehr stark drin. Mir hat jemand gesagt, was du jetzt machst in deiner außerparlamentarischen Zeit, ist auch so was wie Überstundenabbau. Das fand ich eigentlich ganz passend. Ich habe mich auch um das Thema lebenslange Bildung gekümmert und das gemacht, was ich seit Jahren eigentlich schon mal machen wollte: Ich habe einen berufsbegleitenden Master angefangen und studiere an der Quadriga Hochschule Communication and Leadership. Und jetzt muss ich natürlich irgendwie für mich so ein bisschen organisieren, wie das mit dem Mandat zusammengeht.

Jobelius: Spannend, wie unterschiedlich ihr das halbe Jahr genutzt habt. Aber lasst uns jetzt mal nach vorne blicken: Ihr habt ja eben schon angeteasert, für welche Bereiche ihr im Landtag wieder Verantwortung übernehmen dürft. Was sind für euch die zentralen Herausforderungen in euren Politikfeldern, die ihr in dieser Legislaturperiode angehen wollt?

Müller-Rech: Ich werde mich in dieser Legislaturperiode um die Bildungs-, Gleichstellungs- und Queerpolitik kümmern dürfen. Bei mir gibt es unheimlich viel zu tun. Vor Kurzem hatte ich schon die erste Schulausschusssitzung. Ich habe den Eindruck, dass die schwarz-grüne Landesregierung da viel verwalten will und eigentlich gar nicht so viele neue Projekte anstößt. Wir haben aber jetzt eine Situation, wo die Schulen aus dieser sehr anstrengenden Covid-Phase rauskommen und viele Probleme ungeklärt sind: Viele Schüler haben Lernlücken aufzuholen. Wie soll der Lehrermangel bekämpft werden? Auch bei der Digitalisierung

werden wir unsere Ideen einbringen: Es kann nicht sein, dass nach Corona dieses Thema keine Rolle mehr in der Bildungspolitik spielt. Und ich werde auf jeden Fall die Landesregierung antreiben, um da die richtigen Impulse zu setzen und um unsere Schulen ordentlich zu unterstützen in dieser schwierigen Zeit.

Gleichstellungs- und Queerpolitik ist auch für uns als FDP ein wichtiges Thema, was leider oft unterschätzt wird. Wir werden mit dem Thema nicht wahrgenommen. Ich höre total oft: „Ja, mit gesellschaftspolitischen Themen habt ihr es ja nicht so.“ Das ist schade, denn das Gegenteil ist ja der Fall! Gerade Susi hat da in den letzten beiden Legislaturperioden unheimlich viel gemacht – und zwar nicht nur für die ganzen frauenpolitischen Themen, sondern auch für das Thema Männergesundheit. Und in der Queerpolitik hat auch Jörn Freynick einen unfassbar tollen Job gemacht. Da möchte ich jetzt anknüpfen: Werner Pfeil und ich sind zum Beispiel mit einer sogenannten „Kleinen Anfrage“ im Landtag zum Thema Finanzierung der Christopher Street Days gestartet.

Schneider: Um ehrlich zu sein, habe ich eigentlich gehofft, ich könnte jetzt mal, wenn ich zurück in den Landtag komme, wieder so ein bisschen „FDP pur“ machen: ein paar Themen, die mir wichtig sind, noch mal nach vorne bringen und pushen. Aber bei Soziales und Gesundheit haben wir – wie Franzi in der Schulpolitik – ganz viele Corona-Spätfolgen. Weil Franzi gerade gesagt hat, dass wir gesellschaftspolitisch nicht so wahrgenommen werden: Der erste Antrag, der von mir jetzt rausgeht, ist ein Antrag



zum Thema Fehlgeburten und Sternenkinder. Also auch mal wieder ein Herzensthema von mir. Unsere Partei muss auch häufiger mit diesen „weichen Themen“ an die Öffentlichkeit, die können wir auch sehr gut, müssen diese aber stärker kommunizieren! Ich habe ja die letzten Jahre zum Beispiel viel gemacht für diabetesranke Kinder oder für Laienreanimation an Schulen. Und gemeinsam mit Franziska werde ich jetzt noch ein weiteres spannendes Thema bearbeiten – was konkret, verraten wir hier noch nicht, da sicher auch der eine oder andere politische Mitbewerber das JULIMAGAZIN liest. Im Vordergrund wird im Gesundheitsbereich jetzt aber vor allem die Thematik der Krankenhausplanung stehen.

Jobelius: Dabei wünsche ich euch viel Erfolg! Jetzt hat sich aber auch die Rolle der FDP im Landtag geändert: Ihr seid nicht mehr in der Regierung, ihr könnt nicht mehr wirklich groß gestalten, sondern seid in der Opposition. Wie merkt ihr das konkret in eurer Arbeit?

Schneider: Ich hab ja schon mal Opposition gemacht. Ist natürlich deutlich schöner, wenn du regierst und deine Anträge durchkriegst. Aber in der Opposition kannst du eben wirklich die ganz reine liberale Lehre spielen und dann die Regierung antreiben – mit kleinen Anfragen, mit Anträgen. Was ich in Regierungszeiten auch vermisst habe, war, dass ich zu den ganzen Anträgen, die ich selbst geschrieben habe, nie zuerst reden durfte. Das darf in einer Koalition immer die größere Fraktion zuerst. Und jetzt ist es eben wieder so, wenn das ein „FDP-Schneider-Antrag“

ist, dann spricht die FDP-Schneider auch als Erste dazu. Und das sind dann so die Kleinigkeiten, an denen ich mich freuen kann. Ich bin ja von Hause aus ein extrem positiver Mensch, ich finde immer was, woran ich mich freuen kann.

Müller-Rech: Die Oppositionsrolle ist ja auch eine sehr, sehr wichtige, weil wir eben auch die Landesregierung kontrollieren. Das haben wir zwar auch vorher als Regierungsfraktion gehabt, aber in der Regierungszeit hat man auch bestimmte Zwänge. Und da muss man dann auch schon mal die Themen vom Koalitionspartner mittragen, obwohl man nicht immer ganz davon überzeugt ist. Und das ist halt schön, dass wir jetzt auch wirklich so „FDP pur“ wieder machen und unsere Themen stärker in den Vordergrund stellen können. Wir haben in der letzten Legislatur zwar echt viel erreicht, auf das wir auch stolz sein können. Jetzt müssen wir aber bei ein paar Themen mit darauf aufpassen, dass uns die schwarz-grüne Regierung das nicht wieder kaputt macht. Da möchte ich zum Beispiel um das Schulfach Wirtschaft kämpfen, weil wir wissen, dass gerade die Grünen davon immer ein riesiger Gegner sind und waren. Und was ist mit der grünen Idee der Einheitsschule? Ich habe Sorge, dass die CDU bei Bildungsthemen vor den Grünen einknickt.

Jobelius: Dann lasst uns zum Abschluss noch mal kurz auf die NRW-FDP schauen: Von den zwölf FDP-Landtagsabgeordneten sind mit euch beiden jetzt ja wieder vier Frauen in der Landtagsfraktion. Welche Bedeutung hat das für euch persönlich?

Müller-Rech: Mir ist das sehr wichtig. Ich habe auch den Eindruck, die anderen beiden Frauen haben sich auch vor dem Hintergrund gefreut, dass wir wieder mit an Bord sind. Ich glaube, es geht auch darum, dass wir ja auch als FDP stärker zeigen sollten, wie vielfältig wir auch als Partei sind. Also jetzt haben Susi und ich den Frauenanteil in der Fraktion wieder verbessert. Aber wir müssen uns auch noch andere Vielfaltsthemen anschauen: Wie ist die Mischung aus jung und alt? Die Mischung aus neu und erfahren? Und sicherlich müssen wir uns auch anschauen, wie wir bei Menschen mit Migrationsgeschichte aufgestellt sind. Ich freue mich, dass wir mit dabei sind – aber das Geschlecht ist nicht die einzige Dimension von Diversität.

Schneider: Ein Drittel Frauen in der Fraktion – das finde ich einen ganz guten Anteil. Das ist sehr wichtig, weil Frauen oft auch anders denken oder anders taktieren. Richtig gute Teams, die arbeiten eigentlich nur wirklich gut zusammen, wenn sie möglichst divers sind. Ich denke, mehr Frauen bringen da vor allem diese gewisse Sensibilität und Empathie rein. Es gibt so viele empathische Menschen in dieser Partei. Warum bekommen wir das nicht nach außen transportiert? Frauen kommunizieren meiner Meinung nach auch einfacher. Ich werbe ja immer für eine verständliche Sprache, die auch „Hänschen Müller“ versteht. Und wenn ich dann von Kollegen lese – ich nenne jetzt keine Namen – „Wir brauchen eine Reparlamentarisierung der Pandemiepolitik“ oder „Der Staat darf nicht Profiteur der Krise sein“ ... Dafür hat uns „Hänschen Müller“



nicht gewählt. Er möchte so Sätze wie: „Ja, wir finden es Mist, dass der Einkaufswagen früher für 100 Euro voll war und jetzt ist gerade mal die Hälfte drin, aber wir arbeiten an Lösungen für dich, um das zu ändern.“ Da müssen wir einfach besser werden, das wirklich klar auszusprechen.

Jobelius: Kommunikation ist ein wichtiges Thema, bei dem wir besser werden müssen. Die Freien Demokraten sind aktuell im Bund, aber auch im Land in einer nicht wirklich einfachen Lage. Sinkende Umfragewerte, verlorene Wahlen und, klar, die Ursachen dafür sind vielschichtig. Aber wenn ihr einen Wunsch an den neuen FDP-Landesvorstand hättet, wie man die FDP wieder nach vorne bringen könnte, welcher wäre das?

Schneider: Wir können zwar den ganzen Tag ganz viele tolle Anfragen schreiben, aber entscheidend ist ja, dass wir bei den Menschen

sind und denen zeigen: Wir sind für dich da und kümmern uns um deine Sorgen! Und damit zeigen: Die FDP ist auch was für dich. Und das vor allem im persönlichen Gespräch, aber auch auf Instagram, Facebook, Twitter...

Müller-Rech: Ich glaube, wir haben den Fehler gemacht, dass wir die Parteifreunde vor Ort nicht mitgenommen haben bei den letzten Wahlen. Das geht schon bei so einfachen Dingen los: Wie sieht die Kampagne zur Landtagswahl aus? Was sind die Themen, die uns wichtig sind? Da haben sich die Ehrenamtler nicht gut abgeholt gefühlt und es ist eine Kluft entstanden zwischen den Landespolitikern und den Leuten, die wirklich jeden Samstag immer das Schirmchen aufstellen und sich auch vor Nachbarn, Bekannten, Arbeitskollegen für die Entscheidungen der FDP NRW rechtfertigen. Wenn wir die nicht mitnehmen, dann ist das, wie Susi sagt, total egal, wie

viele Anträge wir hier schreiben. Wir müssen in NRW wieder stärker zu einem Team zusammenwachsen. Das wird gelingen, wenn wir auch die Parteibasis wieder mehr beteiligen, wenn wir mehr programmatisch diskutieren und dann auch die guten Ideen der Basis einsammeln. Wir müssen dringend Ehrenamt und Parteivorstand wieder zueinanderbringen, auf die Bedürfnisse der anderen achten und auf Augenhöhe miteinander kommunizieren.

Jobelius: Das ist doch ein schönes Schlusswort. Vielen Dank für eure Zeit!

Thomas Jobelius (18) ist stv. Kreisvorsitzender der JuLis Bonn und neuer Chefredakteur des JULIMAGAZINs. Ihr erreicht ihn unter thomas.jobelius@julis.de



WENN NICHT DIE FDP, DANN WIR JULIS!

Eine Partei ist ein Zusammenschluss von Menschen, in dem die Mitglieder gleiche oder zumindest ähnliche Überzeugungen und Grundauffassungen besitzen. Das ist so weit jedem bewusst. Doch was sind eigentlich die Grundüberzeugungen, die wir als Freiheitskämpfer haben? Ganz eindeutig das Bekenntnis zu einer liberalen, demokratischen und weltoffenen Gesellschaft, in der das Individuum die Möglichkeit hat, sich selbst eigenverantwortlich zu entfalten. Getreu dem Motto „Individualismus vor Kollektivismus“. Doch genau mit diesem Bekenntnis tragen wir Liberale dem einzelnen Menschen auch ein gewisses Maß an Verantwortung zu. Verantwortung, sein Leben selbstbestimmt in die Hand zu nehmen. Meiner Meinung nach hat man als Mitglied einer Partei auch ein gewisses Maß an Verantwortung, am Erfolg der Partei mitzuwirken... Wie allseits bekannt, erlebt die FDP gegenwärtig keine Hochkonjunktur. Die vergangenen Landtagswahlen konnten wir nicht zu unseren Gunsten gewinnen. Nein, in zwei Parlamenten schieden wir sogar aus. Insofern ist es vollkommen klar, dass es Veränderungen braucht. Heute geht es mir aber nicht um die personelle und inhaltliche eventuell notwendige Reform, von der viele sprechen, sondern um Grundsätzliches. Aus meiner Sicht sind es drei Dinge, bei denen wir alle gefragt sind:

1. Es ist egal, ob man Funktionsträger in unserem Verband ist!

Eines der ersten Dinge, die passieren, wenn eine Partei eine Wahl verliert, ist in der Regel der Rücktritt des Spitzenkandidaten bzw. Vorsitzenden. Oftmals wird das sogar proaktiv gefordert, was auch durchaus Sinn machen kann. Jedoch erweckt das den Eindruck, dass die Niederlage ganz allein und vollkommen von allen biotischen Faktoren isoliert ausschließlich von dieser einen Person abhängt. Selbstverständlich ist das alles andere als richtig, da deutlich mehr Umstände das Wahlverhalten der Bürger determinieren als das Gesicht unserer Kampagne. Doch letztlich trägt jedes Mitglied die Verantwortung am Erfolg unserer Partei. Ein Abwälzen auf die Funktionsträger ist dabei zu einfach. Wir alle können Mitglieder akquirieren, auf der Straße von unseren liberalen Überzeugungen erzählen, in unseren Freundes-, Bekannten- und Familienkreisen unsere Werte verbreiten und für eine Mitgliedschaft im besten Verband werben. Lasst uns daher gemeinsam unsere Kräfte bündeln und den Liberalismus draußen pluralisieren! Wenn das die FDP nicht tut, dann doch wenigstens wir Junge Liberale.

2. Obacht, die Öffentlichkeit bemerkt alles!

Zunehmend fällt auf, dass Debatten über die Zukunft des Verbandes, die personelle Aufstellung und die inhaltliche Ausrichtung öffentlich geführt werden. Das ist im Grundsatz auch legitim, aus meiner Sicht hingegen nicht immer förderlich. Aufrufe zur Spaltung des Verbandes, pauschale Schuldzuweisungen an Personen der Parteispitze und zumeist auch das künstliche Bedienen der unserer Partei vorgeworfenen Klischees schaden uns auch innerverbandlich mehr als gedacht.

Umso wichtiger ist es, dass wir Streit über die Reformen unserer Partei und Debatten über die Richtung unserer liberalen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik zwar öffentlich austragen, aber stets in einem konstruktiven und wohlbedachten Maße. Dass eine in sich zerrissene Partei bei den Wählern keine Sympathien erweckt, hat uns schließlich die Union zur Bundestagswahl 2021 um Armin Laschet und Markus Söder gezeigt.

3. Ein starker Verband – auch intern!

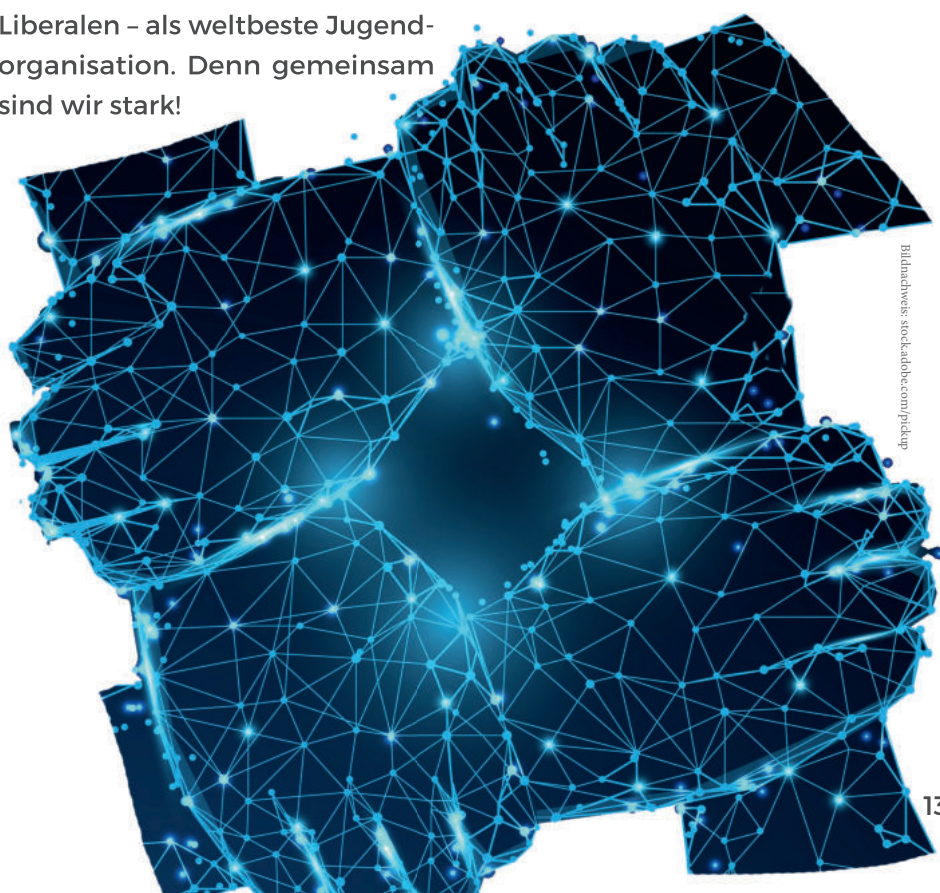
Erfolgreich kann eine Partei meiner Meinung nach nur sein, wenn sie selbst eine professionelle Verbandsarbeit leistet, breite Partizipationsangebote für jedes Mitglied bietet und ein Gemeingefühl schafft, sodass sich jedes Mitglied innerverbandlich wohlfühlt. Die

JuLis mit all ihren Untergliederungen brauchen daher eine starke inhaltlich-politische Ausrichtung, die ein Angebot – im Rahmen unserer liberalen Grundwerte – für jedes Individuum bietet. Insofern ist eine starke Programmatik unabdingbar. Denn letztendlich ist es das, was uns ausmacht. Doch neben dieser inhaltlichen Stärke brauchen wir auch eine professionelle Verbandsorganisation. Mit Veranstaltungen, die das Gefühl eines starken Teams fördern, uns selbst weiterbilden und stets den politischen Charakter beibehalten, werden wir auch einer modernen politischen Jugendorganisation gerecht. Gleiches im Bereich der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Meiner Wahrnehmung nach assoziieren viele diesen Bereich mit einer starken Social-Media-Arbeit. Doch um alle Menschen dort draußen von unseren Ideen für eine nachhaltige und chancengerechte Zukunft zu überzeugen, bedarf es deutlich mehr an klassischer Pressearbeit in allen Untergliederungen.

Lasst uns daher gemeinsam lösungsorientiert und konstruktiv die FDP als Junge Liberale auf den richtigen Weg bringen. Pluralisieren wir das liberale Lebensgefühl in unseren Kreisen und auf der Straße. Erzählen wir von den Ideen des Liberalismus und werben weitere Freiheitskämpfer als Mitglieder unseres großartigen Verbandes. Und vor allem: Tragen wir alle die Verantwortung als Demokraten, unsere Gesellschaft und Demokratie widerstandsfähig zu machen, vor autoritären Kräften zu beschützen und für die Werte unserer Republik einzutreten. Ich bin der Meinung, dass wir genau dann die FDP wieder auf die Überholspur bringen.

Und wenn es nicht die ganze Partei ist, dann wenigstens die Jungen Liberalen – als weltbeste Jugendorganisation. Denn gemeinsam sind wir stark!

Denis Schmidt (19) ist Student der Volkswirtschaftslehre an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster und Mitglied des Landesvorstandes der Jungen Liberalen Nordrhein-Westfalen. Dort vor allem zuständig für die Ressorts Organisation und Programmatik. Ihn erreicht ihr unter: denis.schmidt@julis-nrw.de



Bildnachweis: stockadobe.com/pickap

... der Landesarbeitskreis Zeitenwende?

Liebe JuLis,

seit dem 02.02. dieses Jahres dürfen Niklas Mittelstädt und ich zusammen den Arbeitskreis Zeitenwende leiten. Alleine wäre ich wahrscheinlich gar nicht auf die Idee gekommen, überhaupt eine Bewerbung als LAK-Leiter abzugeben, aber nachdem mich mein Bezirksvorsitzender darauf angesprochen hat, wieso es nicht versuchen.

Das Thema der verteidigungspolitischen Zeitenwende und der dringend notwendigen grundlegenden Veränderung in der Bundeswehr darf ich als Soldat tagtäglich erleben. Ich könnte aus dem Stegreif einige Themen nennen, die meiner Meinung nach zu ändern sind. Sei es in der Ausbildung, der Ausrüstung oder der allgemeinen Ausrichtung; Maßnahmen für Optimierungen können in jedem Bereich getroffen werden. Im Endeffekt hat man durch so einen LAK eine reale Möglichkeit, tatsächlich etwas zu verändern. „Am Anfang stand die Idee.“ Wie genau reicht man eigentlich eine Bewerbung zu einem LAK ein? Was braucht man dafür? Wie detailliert muss man das alles schon geplant haben? Was erzählt man in der Bewerbung eigentlich über sich? Wir waren uns nicht ganz sicher, wie das alles geht, aber diese Fragen waren auch schnell beantwortet.

Nun aber mal zum Inhalt – mit welchen Themen haben wir gestartet und welche Themen werden in unserer zweiten Sitzung mit Frau Dr. Marie-Agnes Strack-Zimmermann überhaupt besprochen?

Niklas und ich haben uns vor der ersten Sitzung ausgiebig darüber ausgetauscht, was unser Schwerpunkt sein soll, und wir sind zu dem Schluss gekommen, sieben Fragestellungen zu der jeweiligen Thematik auszuarbeiten, um dann abstimmen zu lassen.

Diese Fragen waren unter anderem, ob die NATO alleine durch höhere Investitionen weiterhin so nah wie momentan beieinander stehen bleibt, oder wie man die Ausbildung der Bundeswehr möglichst bürokratiearm modernisieren kann. Auch haben wir uns gefragt, wie wir die Koordination zwischen Rüstungsindustrie und Bundeswehr verbessern können und wie eine geistige Zeitenwende anzustoßen ist, um Soldaten in die Mitte der Gesellschaft zu rücken.

In einer gut besuchten ersten Online-Sitzung des Arbeitskreises bestätigte sich auch die Vermutung, dass andere JuLis dieses Interesse teilen und hier auch mitwirken wollen. Es kamen eine Menge guter Punkte dazu und die bestehenden Fragestellungen wurden etwas abgeändert, sodass wir uns nun mit folgenden fünf Punkten beschäftigen werden:

1. Der Schwerpunkt, die Zukunft der NATO mit der Fragestellung, wird die NATO alleine durch höhere Investitionen weiterhin nah beieinander stehen? Welche Rolle hat Deutschland in der NATO und welchen Auftrag die Bundeswehr, bzw. allgemeiner unsere Sicherheitspolitik?

2. Das Bundeswehr-Beschaffungswesen entbürokratisieren und zeitgleich individualisieren.

3. Die fehlenden Munitionsreserven unter Kooperation mit der Industrie aufstocken.

4. Bessere Koordination mit der Rüstungsindustrie nach der letzten Panne mit den F-35, um hier die notwendigen Stellen auszubauen und diese Fehler in der Zukunft zu verhindern.

5. Anstoß der geistigen Zeitenwende in der Gesellschaft, um das Militär in die Mitte der Gesellschaft zu rücken.

Über den zuerst genannten Punkt diskutieren wir am 06.03. mit Fr. Dr. Strack-Zimmermann, der Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses.

Auch ein Punkt, den wir dieses Jahr bestimmt noch aufgreifen, ist die Forderung des Verteidigungsministers, die Wehrpflicht wieder einzusetzen, was von den Jungen Liberalen abgelehnt wird. Auch seine Forderung nach deutlich mehr Etat für die Bundeswehr könnte als kritische Maßnahme bewertet werden, da andere Armeen, mit Blick nach Schweden, Finnland oder Australien, mit weniger Geld ähnliche, wenn nicht bessere Resultate zeigen.

Also: Wenn ihr zu den oben genannten Punkten mitdiskutieren wollt, freuen wir uns sehr über eure Teilnahme am Landesarbeitskreis Zeitenwende! Meldet euch dafür gerne unter hartmann@fdp-dormagen.de oder niklas.nm@web.de bei Niklas Mittelstädt oder mir, Kai-Ole Hartmann.

... der Landesarbeitskreis Digitale Transformation?

Liebe JuLis,

die Digitalisierung ist für viele politische Akteure nach wie vor nur ein Schlagwort für den Einsatz von Computern.

Analoge Dokumente einzuscannen oder online ausfüllbare Dokumente bereitzustellen ist jedoch lediglich die Technisierung veralteter Strukturen und schöpft die Chancen des Computer-Zeitalters nur minimal aus – es sorgt sogar eher für technische Unsicherheiten und undurchsichtige Doppelstrukturen. Digitalisierung bedeutet aber, Prozesse ganzheitlich neu zu denken, zu automatisieren, und ist verknüpft mit einem neuen Zeitgeist. Unsere Aufgabe ist es, diesem Wandel offen gegenüberzustehen und ihn voranzutreiben. Daran möchten wir als Landesarbeitskreis Digitale Transformation mitarbeiten.

Auf kommunaler Ebene darf die Digitalisierung nicht als notwendiges Übel aufgenommen werden, das von oben auferlegt wird.

Gleichzeitig müssen die Bedürfnisse der IT-Branche berücksichtigt werden, zum Beispiel hinsichtlich des Baus eines Software-Campus oder Rechenzentrums. Das sind Multiplikatoren für die digitale Attraktivität einer Region. Landespolitisch muss die Digitalisierung

in allen Schulfächern den jungen Menschen nahegebracht und konkret mit den Unterrichtsinhalten verknüpft werden. Es ist nicht zielführend, im Informatikunterricht Schüler:innen mit Berechenbarkeitstheorien zu langweilen, um sie zum Coden zu begeistern. Stattdessen sollten Softwareprojekte und der abwechslungsreiche Alltag in der IT nahegebracht werden. Die Informatik berührende Themenfelder müssen in allen Schulfächern Einzug finden: Online-Rechte (z. B. Datenschutz, Impressumspflicht) müssen genauso wie die Chancen und die Risiken von KI-basierter Textgenerierung, etwa im Deutschunterricht, vermittelt werden. Wieder gilt: Digitalisierung muss ganzheitlich betrachtet werden und den Schulen muss digitale Souveränität und Entscheidungsfreiheit gewährleistet werden.

Es ist ungemein wichtig, dass wir nicht zwischen technischem Fortschritt und Datenschutz abwägen. Gerade aufgrund unserer föderalen Strukturen laufen wir als Gesellschaft immer wieder Gefahr, dieses Grundrecht als potenzielles Hindernis für digitale Services darzustellen. Auch wenn sie wohl kein Beispiel für gelungene Digitalisierung war, hat beispielsweise die Corona-Warn-App unterstreichen können, wie der Staat transparent mit gesammelten Daten des Nutzers umgehen muss. Wichtig ist, dass technisch sichergestellt wird, dass Daten gar nicht erst missbräuchlich zu einem anderen Zweck als zum vereinbarten verwendet werden können. Die Tatsache aber, dass Ermittlungs-

behörden in Dutzenden Fällen unrechtmäßig Aufenthaltsdaten aus der zentralen Luca-App verwendeten, ist ein Schlag ins Gesicht für Vertrauen in Software. Der Bürger muss immer die alleinige Hoheit über seine Daten haben und muss transparent aufgezeigt bekommen, wer auf diese Daten zugreift.

Mein Name ist Sebastian und ich darf in diesem Jahr den Landesarbeitskreis Digitale Transformation leiten. Ich selbst habe großes Interesse an netz- und digital-politischen Fragestellungen. Durch meine Tätigkeit als Softwareentwickler und mein Studium der Informatik in Münster habe ich das benötigte technische Know-how für digital-politische Diskussionen. Für dieses Jahr ist es mir wichtig, mit dem Missverständnis aufzuräumen, dass Digitalisierung nicht automatisch Technisierung bedeutet. Digitalisierung muss ganzheitlich, rechtlich, kulturell, wirtschaftlich, ethisch, pädagogisch und sozial gedacht werden. Wollt ihr daran mitarbeiten? Dann freue ich mich, euch im LAK Digitale Transformation begrüßen zu dürfen. Bei Fragen, Anregungen und Interesse könnt ihr euch gerne bei mir unter sebastian.brunnert@julis.de melden.

Beste Grüße aus dem Kreis Borken, Sebastian



NICHTSTUN IST MACHTMISSBRAUCH

Warum geht man in die Politik? Die berechtigte Frage nach dem Motiv wird mir oft zu selten gestellt. Die idealisierte Antwort, frevelhaft, wer sie nicht geben würde, ist natürlich: Ich möchte Dinge zum Besseren gestalten. Ich glaube dieser Antwort in den meisten Fällen: Wenn man sieht, mit was für einem Engagement JuLi zu jedem Kongress z.B. Anträge schreiben und ihre Ideen Ebene für Ebene, Trippelschritt für Trippelschritt nach vorne bringen, so handelt es sich um den Idealismus, den Politik braucht, wenn sie erfolgreich sein möchte.

Zum Glück musste ich Hendrik Wüst und Markus Söder nicht zu ihren Zeiten bei der Jungen Union erleben. Ich möchte nicht ausschließen, dass auch sie mit der Leidenschaft für die inhaltliche Sache (und die Liebe zu Franz-Josef Strauß) begannen, sich zu engagieren, und Anträge schrieben: zu mehr Videoüberwachung, gegen die Ehe für alle oder für eine geringere Besteuerung von Bier. Heutzutage jeweils sind Söder und Wüst, die man nicht zu sehr voneinander differenzieren sollte, die zynischsten Gesichter unseres Politbetriebs. Chamäleons gucken neidisch auf die rückgratlose Wandlungsfähigkeit der beiden Machtprofis. Ist Migration das Sorgenthema Nummer eins und boomt die AfD, so wird von „Asyltourismus“ gesprochen. Ein menschenunwürdiges Wording. Wenn Deutschland überwiegend positiv auf die Ziele von Fridays for Future blickt, werden Bäume umarmt. Wer Wüst und Söder wählt, der wählt direkte Demokratie: Die Mehrheit der Bevölkerung und der

öffentliche Druck prägen das Verhalten der beiden nicht nur, sie bestimmen es. Wer also Wüst und Söder nach der Motivation für ihr politisches Engagement befragt, wird leere Worthülsen, Pseudo-Inhalte und Ausweichendes erhalten. Mein innerer Sigmund Freud weiß aber: Es geht den beiden in erster Linie um sich selbst. Markus Söder gibt sich ja nicht einmal Mühe, den Narzissmus zu verbergen: Söders Instagram-Account ist ein wandelndes Meme. Genial, weil jeder über ihn spricht. Mangelt es vielen Leuten an Bekanntheit, so ist Söder mehr Marke als inhaltlicher Leuchtturm.

Kommen wir aber zurück nach Nordrhein-Westfalen. Hendrik Wüst übernahm das Amt des Ministerpräsidenten von Armin Laschet, der leider als Bundeskanzlerkandidat gescheitert war und nun sein Amt übergeben musste. Hendrik Wüst mag zwar nach mehrfacher fachkundiger Einschätzung einiger Freundinnen der bestaussehende Minister im Kabinett Laschet gewesen sein, der leistungsstärkste Minister war er nun wirklich nicht. Man muss kein Fan des etwas verschroben wirkenden Herbert Reul sein. Clans sind es definitiv auch nicht – und das ist gut so! Eine beeindruckend konsequente Leistung im Innenressort wurde nicht mit der Laschet-Nachfolge gewürdigt. Vielmehr zog Verkehrsminister Wüst zu diesem Zeitpunkt kaum verkünden: NRW ist im Bundesverkehrswegeplan nach wie vor ein Witz gegen Bayern. Hier hätte der gute Draht zu Bayerns König

durchaus helfen können. Im ÖPNV wurden Reformen verpasst. Von dem Chaos um die A45 ganz zu schweigen. Damals verpasste es die FDP, aus meiner Sicht fatalerweise, der CDU konkrete Forderungen mit auf den Weg zu geben und dies als Bedingung für die Wahl von Hendrik Wüst zu machen. Selten war die Machtposition so groß. Selten war die Chance so groß, z.B. die Grunderwerbsteuer zu senken. Wüst, der theoretisch einmal in der Wirtschaftsunion, die traditionell nicht der größte Fan von Steuern ist, war, lehnte ab und zeigte seine machtpolitische Fratze. Der FDP wurde kein Raum zum Atmen gelassen. Hand in Hand ging es friedlich in Richtung Abgrund, weil die Freien Demokraten keine starken einmaligen Gelegenheiten nutzen konnten, die allen Wählerinnen und Wählern auch noch an der Wahlurne einfallen würden. Hendrik Wüst muss sich innerlich sehr gefreut haben, dass die FDP-Landtagsfraktion mehr Wüst-Fanclub als politischer Wettbewerber und Reformmotor war. Kurz vor der Landtagswahl wurde Profil gegen Selfies auf Instagram getauscht. Heute lacht nur noch Wüst darüber.

Sebastian Kurz ist einer der größten politischen Marionettenspieler der Neuzeit: Für seine Macht war es ihm egal, ob er mit den Grünen regierte oder den Ibiza-Freunden von Rechtsaußen. Er verbog sich und seine Politik für Macht und brach mehrfach mit dem Gesetz. Ich möchte Wüst und Kurz nun wirklich nicht vergleichen. Doch der schnelle Prozess, hin zu einer schwarz-grünen Koalition wirkte doch ziemlich wie eine gestellte

Liebeshochzeit, wie sie auch Sebastian Kurz hätte inszenieren können. Dabei ist das Bündnis von CDU und Grünen, auch wenn es in den letzten Jahren so wirken mag, alles andere als ein natürliches Bündnis, gehen hier doch zwei Parteien eine Partnerschaft ein, die inhaltlich sehr weit auseinanderliegen, auch wenn es viele Wählerinnen und Wähler gibt, die von der CDU zu den Grünen gewechselt sind, um nun noch entspannter und mit besserem Gewissen mit dem Porsche zum Biomarkt fahren können.

Seit Schwarz-Grün regiert, ist es ziemlich ruhig um Landespolitik geworden. Das große Glück der Koalition ist die angestrenzte bundespolitische Lage: Niemand achtet mehr auf das Land, während Krieg und Co. die Schlagzeilen dominieren. Außerdem hat Hendrik Wüst aus Bayern gelernt: In einem stressigen Politikerleben fehlt oft Zeit für Sport. Der Sport von Markus Söder und Hendrik Wüst heißt: Ampelbashing. Egal was man selber macht und gemacht hat. Man

äußert sich lieber zu Themen, welche die Landesebene nur sekundär berühren, um billigen Applaus bei Bild TV zu erhaschen. Das Digitalressort, Prunkstück der schwarz-gelben Koalition liegt übrigens im Heimatmuseum, äh, im Heimatministerium. Es wurde sorgfältig versteckt, um nicht die Gefahr entstehen zu lassen, dass zu viel unternommen wird, um NRW voranzubringen. Auch sonst passiert superwenig auf landespolitischer Ebene. Die FDP plakatierte einst: „Nichtstun ist Machtmissbrauch.“ Diese Kampagne sollte nun auch wieder gefahren werden. Nur weil aus einer Fehlleitung die Umfragewerte von Wüst stimmen, darf dieses Land nicht bloß verwaltet werden, es muss endlich gestaltet werden. Die Hauptschulen in NRW sterben, das Bildungsniveau sinkt immer weiter. Hendrik Wüst gleicht hingegen vielmehr dem Orchester auf der Titanic, welches lustige Musik spielt, während die Probleme den Menschen bis zum Hals stehen.

NRW ist kein Land der Chancengerechtigkeit. Es macht einen extremen Unterschied, ob man in Duisburg-Marxloh geboren wird oder in Essen-Bredeney. Ich könnte noch Hunderte weitere Themen nennen, in denen Wüst wichtige Reformen verschläft. Ich trinke jetzt erst mal einen Tee, beruhige mich und denke daran, was möglich wäre, wenn wieder Freie Demokraten regieren würden. Nun sind aber wir gefordert, mit neuen, innovativen Ideen diesen Landesverband anzutreiben und die FDP schlagfertig in die nächsten Wahlen zu schicken. Dazu braucht es Inhalte mit Ecken und Kanten, die medial heiß diskutiert werden. Ideen, die sich trauen, zunächst auch von 60 % der Menschen verachtet zu werden, weil sie unbequemer sind als ein alter Holzstuhl. Packen wir es an!

Tim Schütz (25) ist stv. Landesvorsitzender der Jungen Liberalen NRW. Abseits der Politik arbeitet er als Unternehmensberater. Ihr erreicht ihn unter tim.schuetz@julius-nrw.de



Professionalisierungsseminar in Berlin

Beim Professionalisierungsseminar des erweiterten Bundesvorstandes hatten wir die Möglichkeit, viele innovative und neue Ideen zur Verbandsprofessionalisierung der JuLis zu entwickeln. Von zentraler Bedeutung waren dabei vor allem Kampagnen und soziale Bindungsaktionen, auch außerhalb von Wahlkämpfen. Insbesondere der Kreisvorsitzende der FDP Bielefeld, Jan-Maik Schlifter, zeigte auf, wie man mit gezielten Aktionen die Bürgerinnen und Bürger für kommunale liberale Projekte begeistern kann. Denn gerade die Phase zwischen den Wahlkämpfen ist entscheidend, um unsere liberalen Überzeugungen an die Menschen vor Ort heranzutragen. Solche Aktionen und Kampagnen müssen direkt vor Ort in unseren Kreisverbänden stattfinden – wir JuLis müssen aktiv auf die Bürgerinnen und Bürger zugehen, kommunale Probleme aufzeigen und innovative Lösungsmöglichkeiten anbieten.

Wichtig ist, dass wir innovative Konzepte entwickeln, wie wir die Menschen langfristig von unseren Ideen überzeugen – nicht nur während Wahlkämpfen. Gerade in der aktuellen Zeit, in der der organisierte Liberalismus vor einigen Hindernissen steht und gleichzeitig extreme Kräfte von links und rechts Zuwachs bekommen, ist es umso wichtiger, dass wir noch mehr Menschen von unseren Ideen überzeugen und sie mit uns Boot holen. Mitglieder- und Wählermobilisierung muss deutlich über Wahlkämpfe hinausgehen. Wenn nach Wahlniederlagen darüber gesprochen wird, dass jetzt schon die nächste Wahl vorbereitet werden muss, passiert häufig drei Jahre nichts, dann werden die Listen ausgetauscht und dann kümmert man sich um eine Kampagne und hofft, dass mit einer guten Agentur und einem fotogenen Spitzenkandidaten die Wahl dann schon irgendwie laufen wird. So wird die FDP auf ewig im Limbus zwischen fünf und elf Prozent dümpeln.

Liberalismus muss empathisch kommuniziert werden

In der öffentlichen Wahrnehmung stehen wir Liberalen immer wieder vor der Herausforderung, dass unsere Inhalte zwar richtig sind und einen Mehrwert für die Menschen in der Gesellschaft bringen, aber wir es teilweise nicht schaffen, diese empathisch zu kommunizieren. Woran liegt das? Mit dieser Frage haben wir uns gemeinsam mit vielen anderen JuLis beim Jugendpolitischen Forum der Friedrich-Naumann-Stiftung auseinandergesetzt. Eine zentrale Erkenntnis: Wir sollten neue Kommunikationsstrategien entwickeln, mit denen wir mehr Leute erreichen und für die liberalen Sache begeistern können.

Darüber hinaus haben wir gemerkt, dass die Kommunikation von FDP und JuLis manchmal abgehoben und unsympathisch wirkt. Das können wir viel besser, denn unser Markenkern ist optimistisch und empathisch.



Einfach machen! – Verbände weiterentwickeln & kommunizieren

Der Liberalismus kommt aus einer akademischen Tradition mit einer starken intellektuellen Basis. Denn häufig sind unsere Antworten auf politische Probleme komplex und müssen wohlbedacht sein. Das ist vielleicht Teil der Ursache, warum wir es kommunikativ manchmal schwer haben. Aber es ist nicht unmöglich, liberale Inhalte verständlich und empathisch zu kommunizieren. Häufig legen wir uns auch Steine in den Weg, indem wir überintellektuell kommunizieren. Gerade wenn wir über Wirtschaftspolitik sprechen, dann vermitteln wir gerne ein sehr negatives Bild von unseren politischen Mitbewerbern und werfen ihnen vor, Marktwirtschaft nicht zu verstehen. Das ist ein gravierender Fehler, denn gerade wenn die Marktwirtschaft keinen guten Ruf in der Gesellschaft hat, sollten wir dies als Startschuss sehen, unsere Inhalte nach vorne zu stellen und diese offen, verständlich und vor allem optimistisch zu kommunizieren. Ganz nach dem Motto des Dreikönigstreffens: „Die Zukunft

glaubt an uns. – Und wir glauben an die Zukunft.“ Authentisch, ehrlich und optimistisch. Das zeichnet uns als Liberale aus:

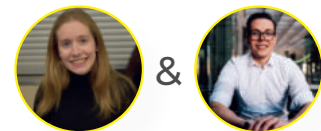
Die optimistische Lebenseinstellung

Wir haben festgehalten, dass man in der Kommunikation nicht herablassend und kompliziert, sondern empathisch und verständlich sein sollte. Ebenso wichtig ist es aber auch, dass man politisch komplexe Fragen nicht bagatellisiert. Verständlich zu kommunizieren bedeutet nicht, die Inhalte populistisch zu verkürzen. Zu guter Letzt dürfen wir uns auch trauen, wärmer zu kommunizieren. Nur weil jemand gerne Porsche fährt, Ralph-Lauren-Polos trägt und sein Aktienportfolio pflegt, muss diese Person nicht gleich arrogant auf andere herabschauen. Jedoch ist diese Art der kommunikativen Performance in manchen liberalen Kreisen salonfähig geworden.

Es ist an uns, den kommunikativen Kulturwandel herbeizuführen und unsere Mitglieder einzuladen, an der Gestaltung der Idee der Freiheit mitzuwirken, um dann die gesamte Wärme, die wir Liberalen für die Menschen auf der Welt haben, auch nach außen zu tragen. Denn der Liberalismus lebt von großen Visionen. Jeder von euch ist Multiplikator für die Freiheit.

Anna Heimann (16) ist Abiturientin und Kreisvorsitzende der JuLis Bonn. Darüber hinaus ist sie bei den JuLis stellvertretende Leiterin des Bundesarbeitskreises Offene Gesellschaft und des Landesarbeitskreises Innere Sicherheit. Ihr erreicht sie unter anna.heimann@julis.de

Alexander Kobuss (24) arbeitet als parlamentarischer Referent im Deutschen Bundestag und promoviert zur Geschichte der sozialen Marktwirtschaft. Er ist Bezirksvorsitzender der JuLis Berlin-Mitte und leitet den Bundesarbeitskreis Wirtschaft der JuLis. Ihr erreicht ihn unter kobuss@julis.de



**Handspionalisierung
Kommunikation neu denken!**

Genug geredet!

Wer in der Politik ist, der oder die redet gerne. Vermutlich haben wir alle dieses Klischee schon mal vor den Kopf geworfen bekommen. Aber wenn wir uns ehrlich machen, trifft es auch auf fast alle von uns zu. Klar, es muss ja auch debattiert werden, um die besten Lösungen für die politischen Probleme unserer Zeit zu finden. Gerade auch im Landesvorstand der JuLis NRW wird viel geredet. Wir wollten den LaVo interviewen, aber hatten auch dann irgendwie schon genug gehört ;)



Alexander, gib uns doch mal einen Hinweis, was du dir für die Modernisierung von Schulen in NRW wünschst?



Wann stellst du deinen Wecker, Jonathan?



Tim, wärst du gerne mit dir selbst zusammen?



Anna, wie werden Programmierer auch genannt?



Leo, was singst du beim Autofahren?



Jessica, welches Emoji nutzt du am häufigsten?



Alondra, wie verbringst du deinen Feierabend?



Erik, hast du schon mal Blut gespendet?



Denis, wie entspannst du dich am besten?



Daniel, was machst du gegen schlechte Laune?

„Die Jungen Liberalen NRW fordern die Umformulierung des §1 (Schutz der Bezeichnung Bier), ‚Bierverordnung vom 2. Juli 1990 (BGBl. I S. 1332)‘. Demnach soll es in Zukunft möglich sein, neben den Zutaten Wasser, Malz, Hopfen und Hefe auch sämtliche für den Verzehr geeignete weitere Zutaten dem Produkt hinzuzufügen, ohne die Bezeichnung des ‚Bieres‘ für das Produkt zu verlieren, solange der biertypische Gärungsprozess eingehalten wird. Weiterhin müssen Zusatzstoffe den entsprechenden Verordnungen entsprechen.“

Der Bier-Markt in Deutschland befindet sich in einem eher schlechten Zustand. Nach Zahlen des Deutschen Brauer Bundes e.V. ist der Bierabsatz im Zeitraum 2013 bis 2021 von 94,6 Millionen Hektoliter auf 85,3 Millionen Hektoliter gesunken.

Dabei ist deutsches Bier doch weltbekannt und vor allem das Reinheitsgebot wird häufig als eine Art USP verstanden, wenn man sich zum Beispiel daran erinnert, wie oft man als Deutscher im Urlaub auf Bier angesprochen wird; oder auf das Oktoberfest – was in der Konsequenz aber das Gleiche ist.

Doch wie sinnvoll ist das Reinheitsgebot wirklich? Das Reinheitsgebot regelt die möglichen Zutaten für Biere aus Deutschland: Hopfen, (Gersten-)Malz, Hefe und Wasser. Seit der Bierverordnung von 2005 dürfen auch für den Export hergestellte und sogenannte „besondere Biere“ produziert werden; insofern sie von zuständigen Behörden im Bundesland genehmigt werden. Das kann allerdings sehr willkürlich verlaufen und hemmt die Kreativität von Brauereien, denn dieses unflexible Prozedere hindert die unternehmerische Freiheit enorm. Dabei ist Craft Beer

vor allem eine Möglichkeit, eine Innovation des Geschmacks einzuleiten.

Die erfolgreiche Zukunft des Bieres könnte geschmacksdivers sein! Wichtig dabei ist jedoch, dass der biertypische Gärungsprozess eingehalten wird, dieser ist wichtig dafür, dass aus Zucker der Alkohol und die Kohlensäure entstehen. Wieso also nicht den Unique Selling Point Reinheitsgebot als Gütesiegel beibehalten, aber Kreativbrauern die Möglichkeit geben, für den Markt und Konsumenten passende Angebote herzustellen und auf sinkende Zahlen im Absatz zu reagieren? Langfristig geraten deutsche Brauereien sonst im Vergleich zu Brauereien aus dem Ausland in einen Wettbewerbsnachteil, was langfristig einen relevanten wirtschaftlichen Sektor schädigen könnte.

Die Forderung der Jungen Liberalen ist keine Schnapsidee, sondern bierernste Wirtschaftspolitik. Es ist eine sehr große Chance für den Mittelstand und die vielen kleinen Brauereien, mit ihren Ideen den Markt möglicherweise zu beflügeln; oder eben auch nicht. Aber das sollten der Markt und seine Teilnehmer bestimmen und nicht die Bürokraten in der deutschen Verwaltung.

Alex Rheindorf (27) ist Kreisvorsitzender der JuLis Rhein-Erft und hat ein Herz für Bildungsdebatten auf den Landeskongressen. Ihr erreicht ihn unter alexander.rheindorf@julis.de



Neue Ho(p)fnung für den Mittelstand – Bier-Planwirtschaft abschaffen!

Wer ist eigentlich ... unsere Ombudsperson?

Laura Stelzhammer ist auf dem letzten Landeskongress in Mühlheim zur neuen Ombudsperson der Jungen Liberalen NRW gewählt worden. Sie gibt uns einen Einblick in ihre Arbeit für unseren Landesverband.

Wer bist du und warum bist du bei den Jungen Liberalen?

Ich bin Laura und seit 2017 Mitglied der besten Jugendorganisation der Welt. Im damaligen Landtagswahlkampf haben mich Freunde mit zu den JuLis genommen und wir hatten im Straßenwahlkampf gemeinsam viel Spaß. Geblieben bin ich wegen der vielen liberalen Überzeugungstäterinnen und Überzeugungstäter, die ich hier kennenlernen durfte, der leidenschaftlichen und gleichzeitig fairen Diskussionskultur sowie zwei JuLi-Positionen, in denen ich mich sofort wiedergefunden habe: Chancengerechtigkeit statt Chancengleichheit und ein moderner Rechtsstaat als Garant für die freiheitliche Gesellschaft.

Warum brauchen die JuLis NRW eine Ombudsperson?

Wo Menschen miteinander interagieren, diskutieren und – natürlich auch – feiern, kann es immer auch

zu Konflikten kommen. Das möchte ich an dieser Stelle gar nicht nur an den JuLis festmachen. Wichtig ist aber, wie wir damit umgehen. Daher finde ich gut, wie wir das Thema künftig weiter angehen: mit Vorsicht statt Nachsicht. Wenn ich dazu beitragen kann, dass sich jedes Mitglied sicher und ernst genommen fühlt, dann ist aus meiner Sicht schon viel gewonnen.

Wie schätzt du unsere Verbandskultur ein? Wo gibt es Probleme?

Ich finde, dass sich die JuLis in den Jahren, seitdem ich dabei bin, immer weiter professionalisiert haben – sowohl organisatorisch als auch inhaltlich. Das ist eine wichtige Entwicklung, denn wir Liberalen sind im politischen Spektrum eher die Ausnahme – insofern ist es wichtig, professionell laut zu sein. Dieses Engagement spiegelt sich aus meiner Sicht in unserer Kultur wider: Wir diskutieren leidenschaftlich und vehement, mitunter bis an die Schmerzgrenze. Das ist gut so und zugleich liegt hierin immer auch ein gewisses Risiko. Umso wichtiger ist es, dass wir die Grenzen des jeweils anderen stets achten.

In dem Maße, wie sich unser Verband professionalisiert, müssen wir daher auch weiterhin das Ombudswesen professionalisieren. Ich habe mir fest vorgenommen, dazu beizutragen.

Was hast du dir für dieses Jahr als Ombudsperson vorgenommen?

Das Wichtigste zuerst: Ich bin für jeden und jede von euch jederzeit ansprechbar. Ich habe schon einiges zur Professionalisierung der Rolle der Ombudsperson gesagt, daher möchte ich die Gelegenheit nutzen, einen Blick auf die zweite Säule meiner Arbeit zu richten. Ich weiß, wie viel Zeit und Mühe ihr in eure inhaltliche Arbeit, in Anträge und Initiativen steckt. Deswegen ist mir auch die Beschlusskontrolle eine echte Herzensangelegenheit, der ich in diesem Jahr mit viel Engagement nachgehen werde.



Wieso eine Entkriminalisierung des „Containerns“ weder tatsächlich das Klima schützen würde noch rechtlich sinnvoll wäre.

Zugegeben, die Überschrift ist bewusst provokant gewählt. Doch das Thema, welches sie aufgreift, beschäftigt sich im Kern mit einer der zentralsten Fragen unserer Generation: Klimaschutz und nachhaltiger Umgang mit Ressourcen. Jedes Jahr werden in Deutschland laut einer WWF-Studie über 18 Millionen Tonnen an Lebensmittel weggeschmissen, davon vermeidbar wären ganze 10 Millionen Tonnen jährlich. Die enorme Summe an weggeworfenen, noch brauchbaren Lebensmitteln trägt erheblich zum globalen CO₂-Ausstoß bei. Die Vereinten Nationen schätzen Lebensmittelverschwendung global als drittgrößten Verursacher von Treibhausgasemissionen ein. Vor diesem Hintergrund erscheint es geradezu absurd, dass Lebensmittelmärkte noch genießbare Lebensmittel in großen Mengen täglich entsorgen. In letzter Zeit wird deshalb vermehrt darüber gestritten, ob die Strafbarkeit des sogenannten „Containerns“, also der Mitnahme weggeworfener Lebensmittel aus Abfallcontainern von (meist großen) Lebensmittelgeschäften, abgeschafft werden soll. Die Linke im Bundestag hält die derzeitige Rechtspraxis gar für skandalös und auch für Bundesminister Özdemir scheint die Sache klar. Es ist jedoch – wie so oft im Leben – komplizierter, als es auf den ersten Blick scheint.

Ein Blick ins Gesetz

Um die Dimension des Problems zu verstehen, muss man sich zunächst kurz die derzeitige Rechts-

lage vor Augen führen. Die Mitnahme weggeworfener Lebensmittel, z. B. mit der Absicht des Konsums aus Containern von Lebensmittelmärkten, stellt regelmäßig einen Diebstahl nach § 242 Strafgesetzbuch (StGB) dar. Dringt man hierzu auf das z. B. durch einen Zaun gegen Betreten gesicherte Grundstück des Supermarktbetreibers ein, kommen noch Hausfriedensbruch (§ 123 StGB) sowie ggf. Sachbeschädigung (§ 303 StGB) etwa durch aufgebrochene Schlösser dazu. So weit, so juristisch. Gestört wird sich jedoch überwiegend an der Bewertung der bloßen Mitnahme weggeworfener Lebensmittel als Diebstahl. Welchen Sinn soll es denn haben, Müll unter strafrechtlichen Schutz zu stellen, zumal wenn es sich um noch genießbare Lebensmittel handelt? Kann das rechtlich überhaupt Diebstahl sein? Zugegeben, auf den ersten Blick mag das seltsam erscheinen. Um den Grund – und so viel vorweg: es gibt ihn – hinter einer solchen Strafbarkeit zu verstehen, muss man sich noch kurz einen Überblick über die Funktionsweise unseres Rechtssystems verschaffen.

Gesetze sind immer abstrakt-generell formuliert, d. h. allgemein, für eine Vielzahl von Fällen. Es macht freilich wenig Sinn, in einem Paragraf das unbefugte Betreten von umzäunten Supermarktgrundstücken und in einem nächsten das unbefugte Betreten der Räumlichkeiten von Kleingartenvereinen, also jeden Einzelfall stets gesondert zu regeln. Beide Sachverhalte erfasst vielmehr der sogenannte „Tatbestand“ des Hausfriedensbruchs. Auch im Falle des Diebstahls ist deshalb schlicht die „Wegnahme“ einer „fremden beweglichen Sache“ mit „Zueig-

nungsabsicht“ vom Gesetzgeber unter Strafe gestellt. Wir merken also: Das Gesetz unterscheidet nicht, ob es sich bei einer weggenommenen Sache nun um ein iPhone, eine Luxusuhr oder eben um in Abfallcontainern entsorgte Lebensmittel handelt. Zwar besitzen Lebensmittelabfälle regelmäßig nahezu keinen wirtschaftlichen Wert mehr, gleichwohl stehen diese in den meisten Fällen noch bis zur endgültigen Entsorgung im Eigentum des Supermarktbetreibers. Den Eigentumsschutz nicht an den wirtschaftlichen Wert einer Sache zu knüpfen macht für sich genommen auch Sinn, denn ich bin mir sicher, dass jedem selbst auch einige Dinge einfallen würden, die objektiv zwar keinen wirtschaftlichen Wert besitzen, die man sich jedoch gleichwohl nicht einfach legal wegnehmen lassen wollen würde. Auch der Supermarktbetreiber möchte in den meisten Fällen schlicht nicht, dass Dritte sich den Abfall aneignen, zuletzt auch, weil dieser sonst befürchten müsste, dass durch die Lebensmittel bei Konsum ernste Gesundheitsschädigungen hervorgerufen werden könnten. Was wir also gelernt haben, ist: Den rechtlichen Eigentumsschutz knüpft unsere Rechtsordnung bisher zumindest nicht an den Wert einer Sache oder an die Verwendungsabsicht ihres Eigentümers. Bei weggeworfenen Lebensmitteln jedoch, so die Forderung, soll dieses Eigentumsverständnis in Zukunft grundlegend aufgegeben werden. Vorgeschlagen wird deshalb, eine Regelung einzuführen, durch die weggeworfene Lebensmittel regelmäßig als „herrenlos“ anzusehen sind, also niemandem mehr ge-

hören würden. Denn herrenlose Sachen – so viel Jura muss dann doch noch sein – sind strafrechtlich nicht „fremd“ und somit begeht man bei der Wegnahme von ebendiesen im Ergebnis auch keinen Diebstahl.

Das Argument der Praktikabilität

Dieser Ansatz ist jedoch in mehrfacher Hinsicht problematisch. Zunächst erscheint eine solche Regelung wenig praktikabel. Wurde bisher also bloß aus Angst vor ein paar Tagessätzen Geldstrafe oder ein paar Sozialstunden von der Mehrheit der Gesellschaft entgegen ihrer moralischen Überzeugung noch nicht „containert“? So wie die Mehrheit der Gesellschaft entgegen ihrer moralischen Überzeugung noch kein Cannabis konsumiert, einfach weil es eben verboten ist? Wie groß ist wohl die Anzahl derer, die bei Wind und Wetter – mitunter auch zwischen verdorbenen Abfällen – Lebensmittel aus meterhohen Abfallcontainern von Supermärkten fischen, um hierdurch einen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten? Die Zahl dürfte verschwindend gering sein. Selbst wenn jedoch theoretisch die Legalisierung von Containern zu einem messbaren Anstieg an Lebensmittelrettungen führen könnte, so würden spätestens die Lebensmittelmärkte selbst diesem Vorhaben durch einfache Mittel einen Riegel verschieben. Es bräuchte lediglich ein Schloss an den Abfallcontainern angebracht oder das Grundstück umzäunt werden, sodass die Begehung weiterer Straftaten nötig wäre, um die Lebensmittel aus Abfallcontainern zu entnehmen. Wollen wir diese Straftatbestände etwa auch entsprechend „anpassen“, um das „Klima zu retten“? Wo ist die Grenze?

Das Hausrecht eines „Lebensmittelverschwenders“ ist im Grundsatz schließlich genauso wenig als geringwertiger einzustufen, wie es das Hausrecht eines Hells Angel, eines Drogendealers oder eines Sexualstraftäters ist.

Privateigentum als Grundpfeiler des Liberalismus

Es stellt sich weiterhin auch die Frage nach einem Grundprinzip des wirtschaftlichen Liberalismus: dem Privateigentum. Sicherlich ist es weder sozialadäquat noch – das unterstelle ich jetzt einfach mal – elementarer Bestandteil des Liberalismus, dem Individuum die massenhafte Verschwendung noch genießbarer Lebensmittel zu garantieren. Löst man sich allerdings vom konkreten Fall, wird es indes schwieriger. Unser Recht differenziert nicht, ob die vom Eigentümer verfolgten Zwecke objektiv begreiflich, sittlich anstößig oder gemeinhin missbilligenswert erscheinen. Nun plant man jedoch, bestimmte Sachen generell vom Eigentumsschutz auszunehmen, soweit der Eigentümer mit diesen nach Meinung der Mehrheit nicht „angemessen“ verfährt. Das Eigentum stünde fortan in der Gefahr, stets nur unter dem Vorbehalt der Mehrheitsmeinung gewährt zu werden. Wenn man Containern doch legalisiert, weshalb sind dann eigentlich noch mit fossilem Brennstoff betriebene Autos vor unbefugtem Zugriff Dritter geschützt? Frei nach dem Motto: Wenn der Eigentümer die umweltschädlichen Dinger nicht lahmlegt, dann machen wir es eben selbst! Es wird deutlich, diese Argumentation ließe sich auf eine Vielzahl von Fällen übertragen, sobald die erste Aus-

nahme nur definiert und der Eigentumsbegriff erst angetastet worden ist.

Fazit

Es zeigt sich, dass eine Strafflosigkeit des Containers in der Praxis nicht den erwünschten Effekt erzielen würde. Die Grundannahme der Befürworter einer solchen Regelung, nämlich, dass bei Legalität des Containers eine erhebliche Anzahl an Konsumenten in Zukunft weggeworfene Lebensmittel aus Abfallcontainern zum Zwecke des Konsums entnehmen würde, statt diese käuflich zu erwerben, erscheint lebensfremd. Statt also auf der Verbraucherseite durch eine symbolische Entkriminalisierung vergebliche Anreize zur Lebensmittelrettung zu schaffen, sollte die Produzentenseite stärker ins Blickfeld genommen werden. Denkbar wäre es, eine gesetzliche Regelung zu schaffen, um für Supermärkte unbrauchbare, jedoch noch verzehrfähige Lebensmittel einer Zweitvermarktung zuzuführen.

Paul Stommel (21) studiert Jura und ist Mitglied der Jungen Liberalen & FDP im Rhein-Sieg-Kreis. Neben Strafrecht interessiert er sich insbesondere für Südostasien. Sein Lieblings-Reiseziel ist Singapur. Ihr erreicht ihn unter paulstommel@gmx.de



Cyberchaos an der Universität Duisburg-Essen

Dezember 2022: Server der Universität Duisburg-Essen wurden gehackt. Zugriff auf Online-Dienste ist stark eingeschränkt. Von Moodle bis hin zur Kartenzahlung in der Mensa funktioniert nichts mehr. Nicht nur musste man Quellen wieder klassisch aus analogen Büchern zitieren, sondern es wurden auch Prüfungen und eine StuPa-Wahl abgesagt. In der restlichen Vorlesungszeit konnte man nicht auf das WLAN am Campus zugreifen. Gespräche mit einem externen Dienstleister für Internet wurden zwar geführt, aber eine schnelle Umsetzung dieser Alternative gab es nicht.

Da die Universität das Lösegeld nicht zahlt, haben die Hacker die persönlichen Daten der Studierenden im Darknet veröffentlicht. Dazu gehören Namen mit Adressen und teilweise sogar Noten. Die Veröffentlichung von Forschungsdaten, wie es teilweise auch hier passiert ist, könnte noch heikel werden. Wenn wir unseren Wirtschaftsstandort schützen wollen, dann brauchen wir eine bessere Strategie.

Als LHC NRW haben wir erfolgreich einen Antrag auf der Bundesmitgliederversammlung der Liberalen

Hochschulgruppen eingebracht. Wir fordern, dass unsere digitale Infrastruktur auf Bundesebene geschützt wird. Denn diese Aufgabe können unsere Universitäten gemeinsam besser bewältigen. Außerdem steht die LHC NRW im engen Austausch mit der FDP-Landtagsfraktion, falls uns einzelne Bundesländer wieder einen Strich durch die Rechnung machen.

Bitcoin-Investment?

Wie an der Ruhr-Universität 2020 und an der Universität Gießen 2019 verlangen die Hacker Lösegeld. Anders als die Niederländer wollen sich die Deutschen jedoch nicht erpressen lassen.

In Maastricht wurden 200.000 Euro in Bitcoins an die Hacker gezahlt. Schlechte Entscheidung, denkt ihr? Im letzten Jahr wurden die Angreifer identifiziert und gaben die Bitcoins zurück. Durch den Kursanstieg der Kryptowährung bekam die Uni rund eine halbe Million Euro zurück.

Für uns ist klar: Mit Kriminellen darf man nicht verhandeln. Doch ein Investment in unsere digitale Infrastruktur könnte sich auszahlen. Denn allein an der Universität Gießen ist ein Schaden in Höhe von 1,7 Mio. Euro entstanden.

Erst die Klimaaktivisten und dann der Hackerangriff

„Ein guter Kompromiss ist, wenn mehr oder weniger alle unzufrieden sind, und das gibt mir den Eindruck, dass wir hier einen ganz guten Kompromiss gefunden haben.“ – Prorektor Prof. Dr. Stefan Rumann in einer Ansprache an die Studierendenschaft.

Das Rektorat hat sich gegen eine Freiversuchsregelung gestellt, wie sie die JuLis NRW von Anfang an gefordert haben. In so kurzer Zeit sei es rechtlich mit der Verordnung des Landes nicht möglich. Der Kompromiss sind verlängerte Abgabefristen und die Option, ohne eine vorherige Abmeldung nicht zu einer Prüfung zu erscheinen.

Das unzureichende Management ist nicht der erste Fauxpas des Rektorats. Im November machte die Universität Duisburg-Essen Schlagzeilen, da das Audimax von Klimaaktivisten besetzt wurde. Eine ganze Woche sind die Vorlesungen dort ausgefallen. In einer ähnlichen Situation an der Goethe-Universität in Frankfurt wurde die Polizei gerufen, die die Aktivisten raus eskortierte. Stattdessen war das Rektorat der Meinung, dass es eine gute Sache sei, wenn sich junge Menschen für etwas einsetzen. Bei den betroffenen Studierenden kam die Aktion jedoch nicht so gut an.



Bildnachweis: stock.adobe.com/New Africa



Unsere digitale Infrastruktur muss besser geschützt werden. Wir brauchen einen Notfallplan, auf den die Universitäten zugreifen können. Eine gute Lehre darf nicht an einigen wenigen Hackern oder Aktivisten scheitern.

 Bildnachweis: stock.adobe.com/miomio13 

Nadine Laubinger (22) studiert an der Universität Duisburg-Essen. Sie ist Vorsitzende der JuLis Duisburg und Landesprogrammatikerin der LHG NRW. Erreichen könnt ihr sie unter nadine.laubinger@julis.de und auf Instagram @nadinelbng.



Zwischen Klimaaktivisten, Bitcoins und Faxgerät

IMPRESSUM

Chefredaktion/V.I.S.D.P.

Chefredaktion Sina Behrend,
sina.behrend@julis.de, und
Thomas Jobelius,
thomas.jobelius@julis.de

Redaktion

Franziska Brandmann, Thomas
Jobelius, Denis Schmidt, Tim Schütz,
Alexander Kobuss, Anna Heimann,
Alexander Rheindorf, Paul Stommel,
Nadine Laubinger

Herausgeber und Verlag

Junge Liberale Landesverband NRW
e.V., Sternstraße 44, 40479 Düsseldorf,
Telefon (0211) 4925185,
julimagazin@julis-nrw.de

Fotos

Adobe Stock

Gestaltung

BTW MARKETING,
www.btw-marketing.com

Lektorat

Angelika Lenz,
www.angelika-lenz.de

Druck

frames GmbH, Essen

Das JULIMAGAZIN ist die Zeitschrift des Landesverbandes NRW der Jungen Liberalen. Es erscheint fünfmal jährlich. Für Mitglieder der Jungen Liberalen ist der Bezugspreis mit dem Mitgliedsbeitrag abgegolten. Die im JULIMAGAZIN abgedruckten Beiträge und Artikel geben alleine die Meinung des jeweiligen Verfassers und nicht unbedingt die der Redaktion oder der Herausgeber wieder.

Dieses Magazin wird gefördert durch:

Ministerium für Kinder, Jugend, Familie,
Gleichstellung, Flucht und Integration
des Landes Nordrhein-Westfalen





Liebe JuLis,

Europäische Politik sollte für die Bürger erlebbarer werden und der öffentlich-rechtliche Rundfunk sollte mehr zu diesem Ziel beisteuern. Ende 2023 hört Anne Will auf. Ein neues Talkshow-Format „Europa will“ am Sonntagabend wäre die Chance, Europapolitik aus der Nische in den Mainstream zu holen. Ich habe daher der ARD einen Brief geschrieben und vorgeschlagen eine Europäische Talkshow einzuführen.

Seit Jahrzehnten nimmt der Einfluss der EU auf das Leben der deutschen Bevölkerung zu, doch das spiegelt sich immer noch zu wenig in der öffentlichen Berichterstattung in Deutschland wider. Viele Bürger können EU-Institutionen nicht unterscheiden, kennen ihre gewählten Vertreter kaum und nehmen EU-Entscheidungen nur aus der Entfernung wahr. Sehr viele beklagen, unterinformiert zu sein. Die EU ist für viele ein positives Projekt, aber eben doch nur ein Projekt.

Printmedien berichten zwar regelmäßig und ausführlich über die wichtigsten Entscheidungen, es gibt auch einige gute TV-Formate zu EU-Vorgängen und sehr fähige Journalisten in Brüssel, aber die meisten Berichte setzen hohe Vorkenntnisse voraus und laufen zu quotenschwachen Zeiten auf quotenschwachen Sendern. Die abendlichen Polit-Talkshows konzentrieren sich fast ausschließlich auf aktuelle deutsche Themen. Hintergrunddokus beleuchten die Entscheidungsfindung deutscher Protagonisten. Die EU kommt erst vor, wenn die Krise so groß wird, dass Deutschland sie alleine nicht bewältigen kann.

Für eine funktionierende Demokratie ist es notwendig, dass die Bürger die politischen Herausforderungen verstehen und die handelnden Personen und ihre unterschiedlichen Sichtweisen kennen.

Deutschland hat Souveränität abgegeben, das muss sich in der Berichterstattung widerspiegeln. Welches Land will weniger Umweltschutz, welche Fraktion fordert mehr Schulden, welcher EU-Kommissar oder Regierungschef scheitert bei der Lösung der gemeinsamen Migrationspolitik? Es braucht eine stärkere Personalisierung und eine konstantere Beleuchtung dieser Debatten. Je vertrauter die Protagonisten und Debatten-Themen werden, umso mehr wird das Interesse und Verständnis der Bevölkerung für die EU und die Entscheidungsfindungen der EU-Institutionen werden. Ich glaube, dass eine EU-Talkshow viel Interesse generieren würde.

Ich nehme in Diskussionen mit Bürgerinnen und Bürgern viel Interesse an Europa und auch an Hintergründen und europäischen Geschichten wahr. Aber selbst wenn diese Talkshow nicht sofort ein Quotenhit wäre, ist es doch die Aufgabe des öffentlich-rechtlichen Rundfunks, genau solche qualitativ hochwertigen Formate zu präsentieren und europäische Themen zu vermitteln. Neben einer EU-Talkshow könnte es weitere Formate der ARD mit klarem EU-Fokus geben und auch digitale Formate könnten noch stärker europäische Politik vermitteln.

Europa sollte nicht erst kurz vor der Europawahl im öffentlichen Rundfunk eine Rolle spielen, sondern frühzeitig und dauerhaft mit kreativen Formaten vertreten sein.

Wenn ihr Fragen oder Anregungen habt, könnt ihr mich jederzeit erreichen: moritz.koerner@europarl.europa.eu.

Viele Grüße,

Ihr Moritz Körner MdEP
Mitglied im Präsidium der FDP



In meinem Podcast „Europa, wir müssen reden!“ nehme ich Euch mit hinter die Kulissen der europäischen Politik. Ihr findet ihn auf Spotify, wenn ihr diesen QR-Code mit eurer Handkamera öffnet.

@moritzkoernerfdp

@moritzkoerner

@moritz_koerner

"Europa, wir müssen reden!"